Einzelpreis 100 000 Mark

Hallesche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen für Anhalt und Thüringen.

Morgen-Ausgabe

Jahrg. 216 Nr. 418

Bezugspreis: Monatlich Mark 2 000 000.— Bestellungen nehmen sämtliche Postanstalten, Briefträger und unsere Austrägerinnen entgegen. — — Höhere Gewalt entbindet den Verlag von Schadenersatz. — —

Halle-Saale

Freitag, 7. Sept. 1923

Anzeigenpreis: Die 6gespalt. 54 mm breite mm-Grundzeile 1.- M Grundpreis mal Buchdruckerschlüsselzahl (z. Zt. 128000). Kleine u. Familienanzeigen 50 Pfg. Stellengesuche 25 Pfg. Die 3gespaltene 90 mm breite mm-Reklamezeile 5,— M Grundpreis. Rabatt nach Tarif. Erfüllungsort Halle-Saale

Geschäftsstelle Halle-Saale: Leipziger Straße 61/62. Fernruf Zentrale 7801, abends von 7 Uhr an Redaktion 5609 und 5610. — Postscheckkonto Leipzig 20 512.

Geschäftsstelle Berlin: Bernburger Str. 30. Fernruf Amt Kurfürst Nr. 6209. Eigene Berliner Schriftleitung. — Verlag u. Druck von Otto Thiele, Halle-Saale

Der Völkerbund im privaten Meinungsaustausch

Die griechischen Forderungen

Privater Meinungsaustausch des Völkerbundrates in dem italienisch-griechischen Konflikt

(Eigener Drahtbericht.)

Genf, 6. September.

Der Völkerbund hielt heute vormittag einen privaten Meinungsaustausch über den italienisch-griechischen Konflikt ab, an dem der italienische Delegierte Salandra nicht teilnahm. Wenn auch die Botschafterkonferenz den griechischen Vorschlag auf Ernennung einer Untersuchungskommission angenommen hat, so denkt der Völkerbund keineswegs daran, die einzelnen Fragen fallen zu lassen.

Vor allen Dingen besteht die griechische Delegation unbedingt auf der Weiterverhandlung und zwar insbesondere im Hinblick auf die Frage der Besetzung Korfus.

Auch Brasilien und Uruguay drohen mit Austritt aus dem Völkerbund

Paris, 6. September.

Die „Tribuna" meldet, daß Brasilien und Uruguay beschlossen haben, ihre Vertreter beim Völkerbunde damit zu beauftragen, sich mit der Haltung Italiens einverstanden zu erklären. Dem genannten Blatt zufolge würde das bedeuten, daß die beiden Mächte in dem Falle, daß Italien aus dem Völkerbunde austreten sollte, sich diesem Schritte anschließen würden.

Französische Kompromißvorschläge

London, 6. September.

Ueber die Kompromißformel, die in Genf vorgeschlagen werden soll, besagen offizielle Meldungen:

1. Der Völkerbundrat soll die Botschafterkonferenz beauftragen, auf griechischem Boden durch eine Kommission, die aus Vertretern Englands, Frankreichs und Italiens besteht, die Vorgänge bei der Ermordung der italienischen Offiziere und die Verantwortlichkeit der griechischen Regierung feststellen zu lassen. Auf Grund dieser Feststellung soll dann die Botschafterkonferenz den griechischen Schadenersatz und die Sühneleistungen festsetzen.

2. Der Völkerbundrat soll die Frage der widerrechtlichen Besetzung Korfus erörtern und Vorschläge für die Räumung ausarbeiten.

In unterrichteten italienischen Kreisen verlautet hier, daß diese im wesentlichen französische Kompromißformel von Italien, soweit sie sich auf die Erörterung der Besetzung von Korfu bezieht, abgelehnt wird. Diese stellt aber, wie in hiesigen diplomatischen Kreisen verlautet, das äußerste Maß des Entgegenkommens dar, das Frankreich und England Italien gegenüber zu erweisen in der Lage sind. Die Kabinette von Paris und London müssen nämlich nicht nur damit rechnen, daß die englischen und französischen Marinesachverständigen einstimmig befunden haben, daß eine dauernde Besetzung von Korfu für diese Mächte unerträglich wäre, sondern die Mächte der Kleinen Entente haben gestern abend an Frankreich und England eine Verbalnote gerichtet, in der sie erklären, daß, wenn der Völkerbund nicht in der Lage wäre, die nötigen Maßnahmen angesichts der Besetzung von Korfu zu ergreifen, sie ihrerseits genötigt wären, aus dem Völkerbund auszutreten. Falls die Mächte der Kleinen Entente nicht beachtet würden, müßten sie das Mitbestimmungsrecht der Ententemächte in den Balkanfragen ablehnen. Sollte Italien weitere Maßnahmen treffen oder seine Aktion in Griechenland ausdehnen, so müßten die Mächte der Kleinen Entente ihrerseits sich entschließen, militärische Maßnahmen zu ergreifen.

Griechenfreundliche Haltung der Jugoslawen

„Der Balkan den Balkanvölkern."

Agram, 6. September.

Nach einer Belgrader Meldung der „Novosti" wurden heim heutigen Ministerrat die Berichte des in Genf weilenden jugoslawischen Außenministers Dr. Rintschitsch verlesen. Der Ministerrat schloß sich den darin dargelegten Anschauungen an. Jugoslawien habe sich in dem Konflikt zwischen Italien und Griechenland tunlichst wenig zu exponieren, bei voller Wahrung des Grundsatzes, daß „der Balkan den Balkanvölkern" gehöre. Man müsse ferner ernstlich in Erwägung ziehen, ob nicht durch die Besetzung Korfus Italien etwa beabsichtige, seine Expansionspolitik auf dem Balkan und seine Prestigepolitik im Mittelmeer auszudehnen. Im Falle eines bewaffneten Konflikts könne man aber schon heute sagen, daß Jugoslawien an der Seite Griechenlands stehen werde.

Der griechisch-italienische Streitfall hat das Königspaar veranlaßt, früher als festgesetzt war nach Belgrad zurückzukehren. Die Rückkehr des Ministerpräsidenten Paschitsch wird im Laufe dieser Woche erwartet.

Ruhe auf Korfu

(Eigener Drahtbericht.)

Korfu, 6. September.

Auf Korfu herrscht vollkommene Ruhe. Die Einwohner gehen wie sonst ihrem Gewerbe und ihrer Arbeit nach. Die italienische Besatzungsbehörde hat die bisherige Polizei aufgelöst und läßt den Sicherheitsdienst durch italienische Gendarme versehen.

An alle Angehörige der bei dem Bombardement ums Leben Gekommenen hat der italienische Gouverneur Lebensmittel und finanzielle Entschädigungen verteilen lassen.

Der Kampf der Deutschnationalen gegen die beschlossenen Steuern

München, 6. September.

Abgeordnete der bayerischen Mittelpartei haben an die bayerische Regierung eine Anfrage eingebracht, in der es u. a. heißt:

Die neuen Steuern des Reiches werden den Zusammenbruch der wirtschaftlichen Produkte auf allen Gebieten herbeiführen, aber auch den finanziellen Ruin der erzeugenden Erwerbsstände, wie Industrie und Landwirtschaft. Ist die bayerische Staatsregierung bereit, bei der Reichsregierung ihren ganzen Einfluß einzusetzen, damit sie die Steuertermine angemessen verlängert und eine Aenderung der Strafbestimmungen unverzüglich herbeiführen wird? Wird sich ferner die bayerische Staatsregierung bei der Reichsregierung mit allem Nachdruck und unter Hinweis auf die ungeheure Schädigung durch diese Steuergesetze dafür einsetzen, daß sobald wie möglich eine Aenderung derselben erfolgt?

Beantragte halbmonatliche Vorauszahlung an die Beamten

Berlin, 6. September.

Der Reichsrat hat anschließend an die Ausschußbeschlüsse das Gesetz über die vorübergehende Aufhebung der vierteljährlichen Gehaltszahlungen an die Beamten erledigt. Auf Wunsch mehrerer Länder soll die Reichsregierung ersucht werden, die Vorauszahlung der Bezüge halbmonatlich vorzunehmen. Außerdem ist noch ein dritter Nachtragsetat für 1923 angenommen worden, durch den der Finanzminister ermächtigt wird, zur Verstärkung der ordentlichen Betriebsmittel der Reichshauptkasse weitere zehn Billionen Schuldverschreibungen auszugeben und zur Beschaffung von Brotgetreide einen Kredit von 1200 Billionen zu eröffnen.

Monatliche Beamten-Vorauszahlungen

(Eigener Drahtbericht.)

Berlin, 6. September.

Der Reichsrat genehmigte in seiner heutigen Sitzung eine Vorlage der Regierung, wonach die vierteljährliche Vorausbezahlung der Beamtengehälter vorübergehend aufgehoben wird. Die Regierung wird an ihrer Stelle die monatliche Vorauszahlung treten lassen. Die Länder und Gemeinden haben die Vorauszahlungen in gleicher Weise zu leisten wie das Reich. Das Gesetz soll am 31. März 1925 außer Kraft treten. Der Reichsfinanzminister wird in einem Nachtrag ermächtigt, zur Stärkung der Mittel des Reiches 10 000 Billionen Mark auszugeben.

Protest der Reichsregierung gegen die letzten Rheinlandordonnanzen

Berlin, 6. September.

Wie wir von zuständiger Stelle erfahren, wird die Reichsregierung gegen die Angriffe der Rheinlandordonnanz noch heute oder morgen förmlichen Protest erheben, nachdem bereits mündliche Vorstellungen erfolgt sind.

Geheimnisvolle Truppenbewegungen

(Eigener Drahtbericht.)

Frankfurt a. M., 6. September.

Durch den Hauptbahnhof Mainz fahren seit zwei Tagen zahlreiche französische Truppentransporte, ohne daß über Ziel, Richtung vorwärts oder rückwärts etwas bekannt wäre. Auch in der näheren Umgebung von Mainz, Wiesbaden und Darmstadt werden Truppenbewegungen gemeldet. Selbst die Offiziere scheinen von den empfangenen Orders überrascht worden zu sein.

Grubenunglück im Saargebiet

(Eigener Drahtbericht.)

Aus dem Saargebiet, 6. September.

Auf Grube Dilsburg ereignete sich ein schweres Grubenunglück. Durch niedergehendes Gestein wurden vier Bergleute schwer getroffen. Einer war sofort tot, von den drei anderen, die ins Krankenhaus gebracht wurden, ist ein junger Bergmann gestorben. Am Aufkommen der anderen wird gezweifelt.

Ueberall Milliardenraube

Mülheim, 6. September.

Auf dem Wege zur Reichsbank wurden gestern 500 Milliarden Mark in einer Handkarre untergebrachte unnummerierte Reichsbanknoten von den Franzosen weggenommen. Die Handkarre wurde mit dem Gelde zur Kaserne gefahren.

Duisburg, 6. September.

Wie die „Rhein.-Westf. Ztg." berichtet, erschienen belgische Kriminalbeamten gestern vormittag auf der Stadthauptkasse und nahmen 63 826 450 000 Mark fort, die zur Auszahlung für Erwerbslose und Kurzarbeiter bestimmt waren.

Neue Maßnahmen zur Devisenerfassung

Die Erfassung der Devisen

(Eigener Drahtbericht.)

Berlin, 6. September.

Die morgen im Laufe des vormittags erscheinende neue Devisenerfassungsordnung geht von dem Grundsatz aus, daß nur derjenige Devisen besitzen darf, der sie für produktive Zwecke unbedingt nötig hat. Alle übrigen Devisen, auch ausländische Wertpapiere und Edelmetalle, die sich im Besitz Privater befinden, unterliegen dem Ablieferungszwang, weil sie im Besitze von Privaten nur zum Schaden des Reiches dienen. Der Außenhandel soll zur Durchführung seiner legalen Geschäfte geschont und ihm die Devisen gelassen werden. Alle übrigen Besitzer ausländischer Devisen, wie Wertpapiere und Edelmetalle werden die Devisen dem Reiche gegen entsprechende Bezahlung zum Tageskurs in Papiermark, Reichsgoldanleihe usw. zur Verfügung stellen müssen.

Um diese Maßnahme zu verstehen, muß man sich klar vor Augen führen, daß die vielen ausländischen Geldmittel in der Tasche des Einzelnen dem Reich nur schaden und daß ihre Ablieferung jedem einzelnen und dem gesamten Vaterland zum Nutzen sein wird. Die Abgabe der ausländischen Devisen muß ähnlich wie im Kriege als eine nationale Pflicht empfunden werden, ohne die der Kampf an Ruhr und Rhein nicht zu Ende geführt werden kann. Durch den Erwerb ausländischer Zahlungsmittel hat eine Art Fahnenflucht und eine Art innerer Auswanderung stattgefunden. Demgemäß muß nach Auffassung der Regierung durch zur Verfügungstellung dieser ausländischen Zahlungsmittel jeder einzelne für das Schicksal des Vaterlandes optieren.

Die Ablieferung als solche wird sich so vollziehen, daß zuerst für die Ablieferung eine Frist festgesetzt wird und daß dann gegenüber denjenigen, die die Devisen nicht abliefern, von Seiten des Reichskommissars für die Erfassung der Devisen in der energischsten Weise durchgegriffen wird.

Der ursprüngliche Plan, an Stelle dieses Zwanges Maßnahmen zu setzen, die eine zwangsläufige und freiwillige Ablieferung der Devisen gewährleistet hatten, mußte aus Gründen des Zeitmangels zurückgestellt werden. Nichtsdestoweniger plant die Reichsregierung die im Währungsausschuß des Reichswirtschaftsrates und in Besprechungen mit Sachverständigen aufgedeckten Pläne der Währungsdurchführung auch weiterhin nachdrücklich zu fördern und so rasch als möglich zum Ziele zu führen. Daß vorher eine Erfassung der Devisen erfolgen muß, erklärt sich ohne weiteres aus der Situation des Augenblicks. Es wird alles getan werden, um die Devisenablieferung auf jede mögliche Weise, selbst gegenüber Widerstand, durchzusetzen.

Ein Reichskommissar für die Devisenerfassung

(Eigener Drahtbericht.)

Berlin, 6. September.

Im Laufe des morgigen Tages wird eine Notverordnung auf Grund des § 40 der Reichsverfassung erscheinen, durch die eine neuerliche Devisenerfassung eingeleitet wird. Gleichzeitig wird ein Kommissar zur Erfassung der Devisen und Auslandswerte ernannt, dem unbeschränkte Vollmacht zugestanden werden soll. Gleichzeitig mit der Verordnung werden auch Ausführungsbestimmungen dazu geschaffen, in denen alle einzelnen Arten der Erfassung der Devisen und insbesondere Strafbestimmungen bei Hinterziehung derselben enthalten sein werden.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192309071-15/fragment/page=0001

Die neueste Eisenbahnkatastrophe

Das Unglück bei Hannover

Der amtliche Bericht

Hannover, 6. September.

Ueber das Eisenbahnunglück bei Hannover wird amtlich mitgeteilt:

Heute vormittag 3.55 Uhr stießen an Kilometer 14,5 der Strecke Hannover—Wunstorf vor Block Lohnde der D-Zug 10 Berlin—Köln auf den vor dem Blockignal haltenden D-Zug 138 Dresden—Bentheim—Holland auf. Vom D-Zug 138 sind die drei letzten Wagen stark, vom D-Zug 10 Lokomotive und Packwagen leicht beschädigt. Achtzehn Reisende sind tot, fünf schwer, acht leicht verletzt. Die Aufräumungsarbeiten werden heute nachmittag beendet sein. Die Toten sind nach Hannover überführt worden. Die Verletzten befinden sich in dem Städtischen Krankenhaus Nr. 1 in Hannover. Die Schuldfrage ist noch nicht geklärt. Unter den Toten sind ermittelt:

1. Kaufmann Hans Praetz, Berlin, Bernburger Straße 32,
2. Kaufmann Heinrich Braun, Frankfurt a. M., Gallus-Anlage 8,
3. Kaufmann Kupfermann, Magdeburg,
4. Kutscher Franz Stanek, Wien III, Diangasse 8,
5. Kaufmann Erich Bolle, Berlin W 10, Tiergartenstr. 29,
6. Zollassistent Fritz Kubitsch, Metten,
7. van Kempen, Leyden (Holland),
8. Oberkanonier Friedrich Liese, 9. Kraftwagen-Batterie, Münster,
9. Bergarbeiter Fritz Schuhmann, Zwickau i. Sa.,
10. Kaufmann Hugo Kehlen, Berlin,
11. A. Glöbel, Arnheim (Holland).

Noch nicht ermittelt sind die Namen von sechs weiblichen Leichen; darunter befinden sich zwei Holländerinnen. Der Name des achtzehnten Toten ist bisher auch noch nicht festgestellt, es ist ein Angestellter des Verkehrsbundes aus Holland.

Die Liste der Schwerverletzten

Hannover, 6. September.

In das Städtische Krankenhaus wurden 8 Schwerverletzte des Eisenbahnunglücks eingeliefert. Es sind dies folgende Personen:

1. Kraftfahrer Friedrich Schultz, von der Kraftfahrabteilung VI in Münster, 23 Jahre, Oberschenkelbruch,
2. Reisender Jakob Artmann, Oesterreicher, wohnhaft in Düsseldorf, 27 Jahre,
3. Kaufmann Walter Melching, Magdeburg, Breiter Weg 250, der seine Frau vermißt, die wahrscheinlich zu Tode gekommen ist,
4. Friedrich Johannes Lübot, Leyden in Holland, 31 Jahre (besonders schwer verletzt),
5. Universitätsprofessor Jan Arkima (Holländer) wohnhaft in Leislingen bei Weißenfeld, 82 Jahre (am schwersten verletzt),
6. Hugo Fiedler, Handlungsgehilfe aus Minden i. Westf., 30 Jahre,
7. Gerhard Knappers, Rotterdam (besonders schwer verletzt)), 31 Jahre,
8. ein auf der Ausreise nach Amerika befindlicher Dreher aus der Tschechoslowakei namens Borislaw Plegarski (27 Jahre).

Wie das Unglück geschah

Hannover, 6. September.

Heute morgen, kurz vor 4 Uhr, wurde vor der Blockstelle Lohnde (zwischen Wunstorf—Seelze) der D-Zug Nr. 138, der nach Osnabrück—Bentheim (Holland) fährt, aus noch unbekannten Gründen zum Halten gebracht. Zehn Minuten darauf mußte der Kölner D 10 die Strecke passieren. Obwohl auf der kurz davor liegenden Station Seelze bekannt sein mußte, daß der vorhergehende D 138 bei Lohnde hielt, ließ man den Kölner Zug durchfahren. So kam es, daß der Führer des Zuges kurz hinter der Kanalbrücke, die etwa einen Kilometer hinter Seelze liegt, die Schlußlaternen des Holland-Zuges erblickte, als es bereits zu spät war, um einen Zusammenstoß zu verhindern. Der Zug fuhr mit leichtem Gefälle in der vorgeschriebenen Schnelligkeit. Der Führer bremste sofort. Es gelang ihm auch, die Schnelligkeit beträchtlich herabzumindern, jedoch prallte die Lokomotive noch mit furchtbarer Wucht auf den letzten Wagen des Holland-Zuges, der sich vollständig in den zweiten Wagen hineinschob. Die Toten und Schwerverletzten befinden sich in diesem zweiten Wagen, während im letzten und dritten Wagen sowie in dem auffrallenden D 10 nur ganz leichte Verletzungen zu verzeichnen sind.

Sofort nach dem Unglück wurden die Hilfszüge aus Hannover und Wunstorf alarmiert, ebenso wurde Sanitätspersonal aus Seelze und Kleinhausen herbeigeholt. Die Toten wurden nach Hannover, die Verletzten in der Hauptsache nach Wunstorf übergeführt. Die Zahl der Toten beträgt im Augenblick 18, die der Verletzten 13, doch ist es nicht unmöglich, daß sich unter den Trümmern, die teilweise auseinandergeschweißt werden müssen, noch Opfer des Unglücks befinden. Die beschädigten Wagen beider Züge wurden abtransportiert. D 10 setzte mit einer Verspätung von drei Stunden und 35 Minuten, D 138 mit einer solchen von drei Stunden und 44 Minuten seinen Weg fort. Die Gleise dürften bis in den Abend hinein durch die Aufräumungsarbeiten gesperrt sein. Der Personenverkehr wird über die Güterglleise geführt

Der Bericht von Augenzeugen

Hannover, 6. September.

Wir befanden uns, so erzählt ein junger Handlungsgehilfe, im letzten Abteil des Amsterdamer Zuges, der bei dem Zugzusammenstoß von dem Berliner D-Zug senkrecht in die Höhe gehoben wurde. Unser Zug, der offenbar das Durchfahrtssignal noch nicht hatte, fuhr ziemlich langsam, als wir plötzlich mit einem fürchterlichen Krach zusammengeworfen wurden und das Abteil, in dem wir saßen, senkrecht nach oben gedrückt wurde. Als ich die Besinnung wieder erlangte, hob ich eine Tür heraus und rief um Hilfe. Man stellte mir eine Leiter heran und ich konnte mich aus meiner Lage befreien. Schrecklich war das Bild, das sich mir bot. Besonders die verstümmelten Leichen machen einen grauenerregenden Eindruck. Im vierten Abteil des eingedrückten Wagens befand sich ein Fahrgast, der nach vierstündiger Arbeit aus den Trümmern geborgen werden konnte; er war noch am Leben, unter dem Schreck hatten seine Nerven aber so sehr gelitten, daß er ins Krankenhaus befördert werden mußte.

Ein Deutschböhm, der im vierletzten Wagen des Amsterdamer Zuges sich befunden hatte, erzählt: Als unser Zug gleich nachdem er Seelze passiert hatte, langsame Fahrt nahm, und von der Lokomotive wiederholt laute Pfiffe ertönten, eilte alles ans Fenster, um zu sehen, was passiert sei. Es war so hell, trotz der frühen Morgenstunde, daß man draußen alles erkennen konnte. So sahen verschiedene Mitreisende, daß hinter uns ein Zug herannahte. Der Ruf: „Es wird ein Unglück geschehen", erzeugte eine starke Panik in unserem Wagen. In diesem Augenblick erfolgte auch schon der Zusammenstoß. Wie ich aus unserem Wagen herausgekommen bin, weiß ich nicht. Ich habe nur leichte Kopfverletzung und eine Fußverletzung davongetragen. In unserem Wagen wurde überhaupt niemand schwer verletzt, da sich die Zerstörung nur auf die letzten beiden Wagen beschränkte. Ganz unbegreiflich erscheint es mir, so fügt der Reisende hinzu, daß der Zugführer den langsam fahrenden Zug nicht gesehen hat.

Tokio immer noch von aller Welt abgeschlossen

London, 6. September.

Nunmehr liegen hier ausführlichere Telegramme der englischen Konsuls in Kobe über das Erdbeben in Japan vor. Danach ist der im offiziellen und Geschäftsviertel von Tokio angerichtete Schaden doch nicht so beträchtlich, wie bisher angenommen worden ist. Entgegen den bisherigen Nachrichten kann man mit der Möglichkeit rechnen, daß die englischen Botschaftsgebäude und auch das Konsulat gerettet werden konnten. Einige Stadtteile von Tokio sollen in einem ganz leidlichen Zustande sein. Unbeschädigt sind im Regierungsviertel angeblich auch die Gebäude der Admiralität, des Außenamtes, des Kriegs- und Justizministeriums. Die größeren Zerstörungen hat die Stadt Jokohama erlitten. Ueber 400 englische Flüchtlinge sind aus Jokohama in Kobe eingetroffen, die ebenso wie die meisten Engländer in Osaka dem Verhängnis entgangen sind. Es hält natürlich in diesem Augenblick noch sehr schwer, eine genaue Liste der Toten und Vermißten zu erhalten, da vor allem auch noch alle Verbindungen zwischen Kobe und der japanischen Hauptstadt unterbrochen sind. Alle Berichte müssen daher noch mit Reserve aufgenommen werden.

Die Verluste der ausländischen Missionen

(Eigener Drahtbericht.)

Berlin, 6. September.

Heute liegen die ersten vorläufigen Nachrichten über die deutsche Botschaft in Tokio, die Konsulate und die deutsche Kolonie in dem vom Erdbeben betroffenen Teil Japans vor, doch ist inzwischen gemeldet worden, daß die deutsche Botschaft verhältnismäßig gering beschädigt ist. Nur ein Nebengebäude ist niedergebrannt. Es ist fraglich, ob sich Teile des Personals am Sonnabend nachmittag außerhalb der Geschäftsstunden in dem Botschaftsgebäude befunden haben. Botschafter Dr. Solf war mit seinen Angehörigen jedenfalls nach dem nahegelegenen Seebade Kamakura in seine Sommerwohnung gefahren. Von dort fehlen alle Nachrichten. Herr Schmidt von der Botschaft ist inzwischen in Kobe beim Konsulat eingetroffen. Sein Kollege Schulz befindet sich im Gebirge, ebenso der Botschaftsrat Trautmann und dessen Familie sowie zwei andere Leute von der Botschaft, die in Karuizawa gerettet sein dürften. Auch der Generalkonsul Thiel aus Schanghai, früher Botschaftsrat in Tokio, ist mit seinen Angehörigen zur Zeit des Bebens im Gebirge gewesen. Endlich ist vom Generalkonsulat in Jokohama der Vizekonsul Sell als gerettet gemeldet worden. Von allen übrigen Mitgliedern des Generalkonsulats fehlen noch die Nachrichten. Im ganzen kann angenommen werden, daß das Botschaftspersonal größtenteils in Sicherheit ist. Nur von Dr. Solf und vier Mitgliedern der Tokioter Botschaft fehlen bisher alle Nachrichten. Ueber die übrigen Mitglieder der deutschen Kolonie sind beim Auswärtigen Amt einige Nachrichten mit leider größtenteils verstümmelten Namen Gerätteter und Verwundeter eingelaufen. Man hofft heute noch Näheres zu hören.

Dr. Solf gerettet

Berlin, 6. September.

Nach einem Telegramm aus Kobe ist, wie die japanische Presse meldet, der deutsche Botschafter Dr. Solf, dessen Gattin zurzeit in Deutschland weilt, mit seinen Kindern gerettet.

Hamburg, 6. September.

Einem bei der hiesigen Niederlassung der Hongkong and Shanghai Banking Corporation eingelaufenen Telegramm zufolge wird von dem europäischen Personal der Bank, die zu den größten in Jokohama gehört, eine Person vermißt.

Die Vereidigung des japanischen Kabinetts

(Eigener Drahtbericht.)

London, 6. September.

Das neue japanische Kabinett ist gestern aus Furcht vor weiteren Erdbeben nicht in einem der Paläste, sondern auf einem freien Platze in der Nähe Tokios zusammengekommen, wo dann die feierliche Vereidigung stattfand. Bei dieser ersten Sitzung im Freien wurde der japanischen Regierung auch die Mobilisierung des ersten und zweiten Geschwaders der Flotte beschlossen. Die Preissteigerungen in diesen Notzeiten wurden unter schwerste Strafe gestellt.

Tempora mutantur

Angesichts der letzten Rede, die Reichskanzler Dr. Stresemann gehalten hat, und in der er der Entente die deutsche Wirtschaft als Pfand für eine Regelung der Kriegsentschädigungsfrage erneut anbietet, wird von einem Teil der deutschen Presse eine Rede Stresemanns hervorgehoben, die er am 27. Mai 1920 in Hamburg gehalten hat. In dieser Rede soll Stresemann u. a. ausgeführt haben:

„Wir sind der Auffassung, daß wir in erster Linie unsere Stoßkraft gegen links zu richten haben. Die Gleichberechtigung aller Deutschen wird erst erreicht werden, wenn die äußerste Linke geschwächt ist ... Die Sozialdemokratie stellt sich als die Partei des Fortschritts hin, ist aber die **Partei verstaubter Dogmen und verknöcherter Ideen** ..."

Weiterhin hat Stresemann in seiner damaligen Rede das „parlamentarisch-sozialistische System" gegeißelt und zwar soll er hierbei so scharfe Worte gebraucht haben, die wir besser nicht wiederholen, um nicht mit dem republikanischen Schutzgesetz in Konflikt zu geraten. Man kann auch über die Gegenüberstellung der letzten Rede des Reichskanzlers Stresemanns und der Rede Stresemanns als Führer einer nationalen Oppositionspartei, nur die Worte schreiben: tempera mutantur

---

Die falsche Königstochter

33] Heiterer Roman von Adolf Lindemann

Amerikanisches Copyright 1922 by Carl Duncker, Berlin.

Heinrich trat an den Freund heran. „Sei doch einmal ehrlich, Klaus-Joachim. Fällt es dir so leicht, all das aufzugeben, was du einst besaßest? Du gibst vielleicht noch mehr auf, ich weiß es nicht, aber ich glaube, daß du einst ein Interesse an Fräulein Hildegard hattest. All das willst du nun über Bord werfen?"

Klaus-Joachim klemmte das Einglas ins Auge, um die auf seinem Gesicht sich bemerkbar machende Bewegung zu verbergen.

„Nein, Heinrich, leichten Herzens sicher nicht. Aber was hilft hier weibisches Jammern? In das Unabänderliche muß man sich fügen. Ich weiß es wohl, was ich verliere. Erhalte mir deine Freundschaft, auch wenn ich andere Wege gehe. Du aber sollst nach Deutschland zurück, denn dort wartet dein Glück. Oder wollen wir's noch einmal auf den Planken unseres zertrümmerten Schiffes wagen? Höre, Heinrich, wir gehen noch einmal auf die Suche nach einer Königstochter. Vielleicht finden wir gar den großen Sethes oder einen Anemophis I."

Heinrich schüttelte traurig das Haupt. „Ich habe die ganze Woche gegraben und nichts gefunden."

„Groß ist meine Hoffnung ja auch nicht, und wenn wir wirklich noch so einen großen König fänden, die Schachergeschichte mit der Prinzessin bleibt eben an unseren Rockschößen hängen."

„Du hättest dich mit dem Engländer nicht einlassen sollen, und wir wären glücklicher. Der Weg war nicht gut gewählt", sagte Liesegang.

„Du hast gut reden, Freund! Wer hat gewählt? Wie sagt doch Schiller: „Ist's Wahl, wenn des Gestirnes Macht den Menschen treibt in der verhängnisvollen Stunde?"

Auf diese pathetischen Worte gab der Freund keine Antwort. So ganz schuldlos war der Freund doch nicht. Doch was half hier jedes Richten? Damit kam man keinen Schritt weiter.

„Hast du denn in Theben nichts gefunden?", fragte er deshalb.

„Wir haben dort nicht gegraben. John Whitakers ist, wie es scheint, mit seiner Pharaonentochter zufrieden."

„So wollen wir dann noch Grabungen vornehmen?"

Klaus-Joachim machte eine müde Geste. „Das ist wohl gleich. Wir sind Pechvögel und werden wohl alle Grabkammern so leer finden wie die der Urprinzessin."

„Ganz leer war die Kammer ja nicht", warf Heinrich gleichmütig hin. „Es stand ein leerer Sarkophag darin."

Hartwig wandte sich blitzschnell um. „Und das sagst du jetzt erst? Ein Sarkophag? Wo ist er?"

„Er ist in der Felsenkammer."

„Wie sieht er aus?"

„Wenn ich nicht irre, ist er aus Rosengranit."

„Sind Inschriften drauf?"

„Das weiß ich nicht. Ich war ganz niedergeschlagen darüber, daß der Sarkophag leer war."

„Menschenskind, wo hast du deine Ueberlegung gehabt? Den Sarg müssen wir haben!"

„Was nützt er uns? Er ist doch leer!"

„Was tut's? Hier ist die Verpackung alles! Jahrtausendlange Grabesruhe macht die Menschen gleich. Sie sind vertrocknete Haut und Knochen. Was wäre die berühmte Mumie Ramses II., wenn sie einige Meter unterm Wüstensande gefunden wäre? Eine Mumie wie tausend andere und vielleicht schon Brennmaterial für die Eingeborenen geworden. So fand man dieses tabakfarbene Gestell im Basaltsarkophag und es legitimierte sich hierdurch als der große König von Aegypten."

Klaus-Joachim ging mit großen Schritten im Zimmer auf und ab, dann funkelte wieder das Monokel im Auge. Er sah einen Ausweg.

„Habe ich nicht recht? Was will John Whitakers mit seiner Mumie? Wer glaubt ihm noch seine Königstochter, wenn wir außer den anderen wertvollen Reliquien den Sarkophag haben?"

„Ja, aber wir haben auch nur diesen", meinte Liesegang noch sehr mutlos.

„Wir werden auch die Prinzessin haben. Bei Whitakers machte der Glaube selig, bei uns ist die Emballage Beweis. Wie bei den berühmten Zahnputzmitteln und Kopfwässern, so heißt's auch hier: Man achte auf die Verpackung! Wenn wir den Sarkophag haben, dann können wir das Abwaschmädchen vom Schwarzen Walfisch zu Askalon hineinlegen, es wird von den gründlichsten Aegyptologen als ihre Königliche Hoheit die Prinzessin Chunita estimiert."

„Willst du denn schon wieder eine Schiebung machen?" Aenestlich fragte es der gewissenhafte Heinrich.

„Aber Kerlchen, da besinnst du dich noch? Hier ist doch unsere Rettung! Wir haben die Reliquien, wir haben den Sarkophag, wir wollen auch noch einige photographische Aufnahmen von der Mastaba machen. Ist es da irgendwie anders denkbar, daß wir auch die hohe Mumie haben? Nein, ich gehe noch weiter, es wäre direkt erstaunlich, wenn wir sie nicht hätten. Leuchtet dir das nicht ein?"

„Ja, das leuchtet mir auch ein, aber der Engländer wird auch behaupten, er sei im Besitz der echten Mumie."

„Der Mann tut mir leid, aber er wird ausgelacht werden, denn er hat nicht die mindesten wissenschaftlichen Belege und Unterlagen dafür."

„Ich denke doch auch: unsere eigenen Zeugnisse, deine Beschreibung steht doch ebenfalls in allen Blättern."

Klaus-Joachim lachte herzlich auf. Die werden bald als köstlicher Schwindel gebrandmarkt werden. Hier können wir ruhig die Wahrheit sagen, daß die Mumie des Briten eine von uns in Szene gesetzte Fälschung ist, um uns in den Besitz der echten Prinzessin zu setzen."

„Da wird Whitakers aber Zetermordio schreien."

„Mag er. Bald ist er in Glasgow, und wir in Deutschland."

Heinrich war schon für die Sache gewonnen: „Gut, wollen wir morgen den Sarkophag ausgraben?"

„Warten wir bis übermorgen. Wir wollen erst Mister Whitakeres auf dem Mittelmeer schwimmen lassen. Zunächst gilt es, den Zorn des Geheimrats etwas zu dämpfen. Du mußt ihm eine Depesche senden. „Warten wir mal, die formulieren wir gleich."

Klaus-Joachim entwarf auf einem Blatt Papier den Inhalt:

„Depesche des Reuterbureaus betreffend Prinzessin-Mumie glatter Schwindel. Mumie in unserem Besitz. Aufklärung folgt. Liesegang."

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192309071-15/fragment/page=0002

Halle und Umgebung

Halle, 7. September.

Wiederaufnahme der Beratungen im Haushaltsausschuß

Senkung der Steuern an die Geldentwertung. — Erhöhung des Wasserpreises.

Der Haushaltsausschuß nahm gestern nach den ersten seine Beratungen wieder auf. Die Kohlenförderungsabgabe auf dem städtischen Schlacht- und Viehhof bedarf dringend der Fortsetzung. Dafür ist ein Betrag von 40 Millionen Mark unerläßlich. Der Schlacht- und Viehhof verfügt dafür über keine Mittel nicht. Sie werden dem Subventionsgeldertfonds entnommen und in vier Jahresraten aus den laufenden Mitteln zurückerstattet.

Die Allgemeine Ortskrankenkasse hatte bekanntlich vor einiger Zeit mit Schwierigkeiten zu kämpfen und sah sich genötigt, ein Darlehen von 6 Milliarden Mark aufzunehmen, für das die Stadt die Bürgschaft übernehmen sollte. Durch die wöchentliche sofortige Einzahlung der Krankenkassenbeiträge hat sich die Lage der Kasse gebessert, so daß sich die Bürgschaft der Stadt erübrigt. Die entsprechende Magistratsvorlage wurde demzufolge zurückgezogen.

Der Verband der Kommunalbeamten, Ortsgruppe Halle, hat ein Gesuch eingereicht, die Notstandsbeihilfen, die den Staatsbeamten gewährt werden, auch den Kommunalbeamten zukommen zu lassen. Reich und Staat zahlen ihren Beamten im Falle schwerer Erkrankung, bei Geburts- und Todesfällen sogenannte Notstandsbeihilfen, die nicht die Form von Unterstützungen haben. Das Gleiche erstreben die Kommunalbeamten. Der Magistrat wies darauf hin, daß die Unzulänglichkeit von unbiesehbarer, finanzieller Tragweite sei. Eher wäre ein Zuschuß einer einzigen Krankenversicherung der Beamten in Frage. Der Etat sehe eine gewisse Summe für Unterstützungen notleidender Beamter vor, die natürlich nach dem gegenwärtigen Stande angemessen erhöht werden müsse. Es sei nicht möglich, die Einrichtungen des Reichs schematisch auf die Stadt zu übertragen, wenigstens nicht ohne entsprechende finanzielle Beteiligung des Reiches. Das Gesuch wurde dem Magistrat zur Erwägung überwiesen mit der Maßgabe, zu prüfen, ob nicht die Beamten eine Krankenkasseneinrichtung getroffen werden könnte unter Uebernahme eines Teiles der Kosten auf die Stadt.

Um die Steuern der Geldentwertung anpassen zu können, ist vorgesehen, daß die Schankerlaubnissteuer, die Vergnügungssteuer, die Grundsteuer und die Ertragsteuer bei der Gewerbesteuer vierteljährlich mit einem Vielfachen des Grundbetrages erhoben werden. Für das 2. Vierteljahr des Steuerjahres gilt der Multiplikator 8. Dadurch soll vor allem auch ein Hinterziehen von Steuern vermieden werden.

Die bestehenden Kindergärten, namentlich im Zentrum der Stadt, sind stark überlastet; andererseits ist gerade in dieser Zeit der Andrang zu den Kindergärten besonders groß, da viele Mütter gezwungen sind, einem Erwerbe nachzugehen. Deshalb muß ein neuer Kindergarten in der Assessor Müllerstiftung auf dem alten Markt eingerichtet werden. Dort ist bereits ein Kinderhort untergebracht. Aus dieser Verbindung ergeben sich mancherlei Vorteile, die die Einrichtung und den Betrieb verbilligen. Für die Einrichtung wurden 150 Millionen Mark bewilligt, die laufenden Kosten für den Rest des Rechnungsjahres belaufen sich auf 264 Millionen Mark.

Mit gewissen Abänderungen der Gewerbesteuerordnung, die im Wesentlichen formaler Statur sind, erklärt sich der Ausschuß einverstanden. Bisher wurde der Wasserpreis monatlich neu festgesetzt bezw. erhöht. In letzter Zeit mußte schon eine wöchentliche Festsetzung erfolgen, um einigermaßen die Ausgaben zu decken. Der Magistrat schlug vor, auch bei der Festsetzung des Wasserpreises den Kostenpreis zu Grunde zu legen und zwar in der Art, daß 1 Kubikmeter Wasser nach dem Preis von 1/100 Tonne Kohlen berechnet wird. Der Ausschuß erklärte sich damit einverstanden, nur soll vierteljährlich eine Nachrechnung des so berechneten Wasserpreises erfolgen.

Die Ruhegehälter der städtischen Arbeiter und Lohnempfänger wurden bisher auf die Invaliden- und Altersrente angerechnet; eine Vorlage des Magistrats will diese grundlegende Aenderung treffen dadurch, daß in Zukunft das Ruhegehälter einen Zuschuß zu der Alters- und Invalidenrente bilden. Die Berechnung der Ruhegehälter erfolgt auch in Zukunft nach der Zahl der Dienstjahre in den städtischen Betrieben. — Die Vorlage wurde mit einigen Abänderungen angenommen.

Abbau der Wohnungszwangswirtschaft

Durch die neuen Ausführungsbestimmungen zum Reichsmietengesetz vom 4. August 1923, verkündet am 17. August, sind von diesem Tage ab die reinen Geschäfts- und Industriehäuser aus dem Reichsmietengesetz in Uebereinstimmung mit seinem § 23 seitens der obersten Landesbehörde ausgenommen worden. Neuerdings sind die „Räume in Gebäuden frei, die, abgesehen von Dienstwohnungen des angestellten Personals, ausschließlich gewerblichen, geschäftlichen oder industriellen Zwecken dienen". Seit dem 17. August findet also auf diese Räume die „freigestellte Miete" keine Anwendung, die Mieten werden also „vertragsmäßig". So hat der Reichsverband deutscher Geschäfts- und Industriehausbesitzer beschlossen, für September die Mieten auf 75 v. H. der Goldmarkbasis, umgerechnet auf den Dollarkurs vom Ende August, festzusetzen. Man erwartet von der neuen Bestimmung das Freiwerden einer großen Anzahl von Räumen. Das gleiche wäre der Fall, wenn die Friedensmiete als Berechnungsbasis für die Privatwohnungen eingeführt würde. Im Zeitalter der Goldlöhne ist diese Forderung nicht logisch, sondern würde auch den Wohnungsbau fördern, da neue Hypotheken in Goldmark wieder lohnendes Anlagekapital bilden. Mit anderen Mitteln sind eben, das haben selbst die höchsten Verfechter der künstlichen Mietenniederhaltung einsehen, neue Wohnungen nicht zu schaffen.

Vom 1. Oktober ab werden die Funktionen der Mietenfestsetzungsämter in der Weise beschränkt, daß Auflösung von Mietsverträgen, Kündigungen usw. nicht mehr die vorherige ausdrückliche Genehmigung der Mieteinigungsämter erfordern. Die Ansprüche der Mieter unterliegen dann lediglich dem Urteil der ordentlichen Gerichte, deren Urteile bisher von jedem Mieteinigungsamte abgeändert werden konnten.

— **Die Bedeutung der körperlichen Erziehung für unsere Volksgesundung** findet ihren Ausdruck in dem lebhaften Interesse, das weite Kreise heute der rhythmischen Gymnastik entgegenbringen. Zahlreiche Schulen sind bereits ins Leben gerufen, die sich die Körperausbildung in dieser Form zur Aufgabe machen. So zahlreich wie die Schulen sind auch die Richtungen. Prof. Rottebohm, die in Halle bekannte Lehrerin, verwendet die Jacques Dalcroze-Methode. Grundlagen und Ziele dieser Unterrichtsmethode wird sie am Sonntag vormittag 11 Uhr im Stadttheater stattfindenden Tanzmatinee vorführen, wobei neben Darstellungen rhythmischer Gymnastik, neue, auch nicht gezeigte, plastische Gruppentänze bringen wird. Karten im Vorverkauf an der Kasse des Stadttheaters.

— **Reichsbankbeamte gesucht.** Die Reichsbank bedarf zur Erfüllung ihrer Aufgaben, deren Kreis seit Beendigung des Krieges eine erhebliche Erweiterung erfahren hat, einer entsprechenden Vermehrung ihres Beamtenbestandes. Zur Erreichung dieses Zieles hat das Reichsbankdirektorium es ermöglicht, daß jungen Kaufleuten, die neben der Reife für Obersekunda einer höheren Lehranstalt eine mindestens 3½jährige kaufmännische Tätigkeit in einem Bank- oder namhaften Handlungshause aufzuweisen haben, bei ihrem Eintritt in den Reichsbankdienst außer den Bezügen nach Besoldungsgruppe VII der Reichsbeamtenbesoldung eine Bonkzulage in Höhe von 25 Prozent zu Grundgehalt und Ortszuschlag, sowie des hierauf gezahlten allgemeinen Teuerungszuschlages gewährt wird. Bei Aufrücken in die Besoldungsgruppe VIII und darüber erhöht sich die Bonkzulage auf 40 Prozent. Die Reichsbanklaufbahn bietet neben den Vorzügen der freien kaufmännischen Tätigkeit auch die Vorteile der Beamtenlaufbahn, insbesondere die dauernde Anstellung nach einer Bewährungsfrist und das Recht auf Pension und Hinterbliebenenversorgung.

Vereins-Nachrichten

— **Nationalverband deutscher Offiziere.** Freitag, den 7. d. M., 8 Uhr abends Mitgliederversammlung im „Haus der Landwirte". Zahlreiches Erscheinen dringend erwünscht.

Aus Mitteldeutschland

Die zunehmende Unsicherheit auf dem Lande

Mit größter Empörung betrachtet die Landbevölkerung, wie der Thüringer Bauernbund Weimar schreibt, die immer mehr auf dem Lande um sich greifende Unsicherheit auf dem Felde. Gewissenlose Felddiebe schießen aus dem Hinterhalt auf die Bauern, die zum Teil unbewaffnet bei ihrer Ernte wachen.

So ist der Rittergutsbesitzer Weber-Eil in Hanau durch zwei Schüsse (Lungen- und Bauchschuß) schwer verletzt worden. Den Attentäter hat man gefaßt und es ist zu hoffen, daß eine ganz exemplarische Bestrafung stattgreift. Im Ort Bieselbach sind jetzt wieder eine Reihe von Landwirten beschossen worden. Aehnliches wird aus Olbersleben gemeldet, wo Felddiebe, um einem ihrer Kumpane wieder zur Freiheit zu verhelfen, auf unbewaffnete Landwirte ebenfalls Feuer eröffneten. Ein ähnlicher Fall wird aus Guthmannshausen gemeldet.

Es wird höchste Zeit, daß ganz energisch gegen solches erwachende Verbrechertum vorgegangen wird.

Einberufung auch des Hannoverschen Landtages

Hannover, 6. September.

Der Haushaltsausschuß des Hannoverschen Provinziallandtages beschloß die Einberufung eines außerordentlichen Landtages zum Oktober, falls bis dahin in der Finanzlage keine Aenderung eingetreten sein sollte.

Man rechnet mit einem Fehlbetrag von 15 Billionen Mark für das laufende Jahr. Außerdem hat die Landesversicherungsanstalt einen Fehlbetrag von 80 Milliarden Mark, für den die Provinz haftet. Gegen eine Stimme wurde beschlossen, 80 Millionen alte Obligationen zu kündigen und zurückzuzahlen.

Ein Opfer seiner Pflichttreue

Olvenstedt, 6. September.

Der Gemeindediener Jordan, der, wie wir meldeten, in pflichtgemäßer Abwehr von Ausschreitungen von seiner Waffe Gebrauch machte und daraufhin später schwer mißhandelt wurde, ist seinen Verletzungen erlegen.

g. **Dieskau**, 5. September. (Noch gut abgelaufen.) Der schon bejahrte Einwohner Schatz hatte das Unglück, beim Einfahren von Getreide so zu Falle zu kommen, daß ihm die Räder des beladenen Wagens über die Beine fuhren. Da der Boden weich war, erlitt der Bedauernswerte nur schmerzhafte Quetschungen und Hautabschürfungen, doch glücklicherweise keinen Knochenbruch.

g. **Lochau**, 5. September. (Verkürzung der Arbeitszeit.) Durch Verkürzung der Arbeitszeit in verschiedenen industriellen Betrieben ist der Kohlenbedarf geringer geworden. Die Kohlenförderung, für die sonst drei Schichten in dem hiesigen Braunkohlenwerken vorgesehen waren, ist daher auch um eine Schicht gekürzt worden, im Baggerbetriebe des Abraums ist entsprechend die wöchentliche Arbeitszeit um zwei Tage verringert worden. Arbeiterentlassungen haben in der Belegschaft deshalb erfreulicherweise nicht stattgefunden.

Kemberg (Bez. Halle), 5. September. (Glück im Unglück.) Ein aus der Schule kommendes 12jähriges Mädchen wurde infolge eigener Unvorsichtigkeit von einem beladenen Erntewagen überfahren. Der Wagen ging ihm über den Rücken, wo der Schulranzen saß. Dieser hielt die Last derart ab, daß das Kind mit leichteren Verletzungen davon kam.

Merseburg, 6. September. (Schwerer Unfall. Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich im Leunawerk: Von einem Kran stürzte ein Gewindeschlüssel herab und zertrümmerte einem unter dem Kran beschäftigten jungverheirateten Arbeiter die Schädeldecke.

Hettstedt, 6. September. (Tödlich verunglückte) der 21jährige Telegraphenarbeiter Wilhelm Maischack von hier. Maischack war unweit der Kupferkammer auf einem Telegraphenpfahl beschäftigt, als plötzlich der Pfahl, der unten durchgefault und nur durch die Leitungsdrähte oben gehalten worden war, umschlug. Man schaffte den Verunglückten sofort nach dem hiesigen Knappschaftskrankenhause, doch konnte man dort nur den Tod feststellen.

Staßfurt, 6. September. (Vom Lastauto überfahren.) Der Schlosserlehrling Grüneberg aus Staßfurt wollte auf ein in der Fahrt befindliches Lastauto aufspringen, um mitzufahren. Er kam dabei zu Fall, das Rad des Anhängers ging über ihn hinweg, und kurze Zeit darauf erlag Grüneberg seinen Verletzungen.

Kassel, 6. September. (Die Wilhelmshöher Kaskaden geschändet.) Eines der größten Wunder der berühmten Kaskaden des von der Gigantenfigur des farnesischen Herkules überragten Riesenschlosses über Wilhelmshöhe ist durch Bubenhand zerstört worden. Durch den Druck der niederstürzenden Wasser wurden seit mehr als zwei Jahrhunderten die Hörner zweier Steintritonen zum Tönen gebracht. Weithin dröhnte dann das dumpfe Klingen der beiden je zehn Pfund schweren Kupferhörner und aab eine seltsame Baßbegleitung zur Musik der rauschenden Wasser. Eines dieser Hörner ist nun von einem Kupferdieb ausgebrochen und gestohlen worden, um als Altmetall verkauft zu werden. Das zweite Horn wurde zur Sicherheit durch die Verwaltung entfernt.

Bismark, 5. September. (Die Stahlhelm-Gründung Ortsgruppe Bismark) ist zustande gekommen, nachdem die zu einer Versammlung erschienenen Frontkämpfer Zweck und Ziel des Bundes besprochen haben. Den vorläufigen Vorstand bilden die Herren E. Fierau, W. Blume und W. Werner, die auch Anmeldungen entgegennehmen. In nächster Zeit soll eine Werbeversammlung stattfinden.

Meinsdorf, 5. September. (Jagdunfall.) Einem hiesigen Jagdpächter passierte bei der Ausübung des Weidwerks ein bedauerlicher Unfall. Der Jagdaufseher wurde vom Pächter zum Antreiben von Wildschweinen ausgeschickt, während der Pächter sich auf den Anstand setzte. In dem Glauben, einen Keiler vor sich zu haben, löste der Pächter seine Büchse und traf seinen Aufseher. Im Auto wurde der Verletzte sofort in ein Krankenhaus geschafft.

Schleiz, 5. September. (Kinderlähmung.) Seit einiger Zeit tritt im Kreise Schleiz die Kinderlähmung auf. Sie ist eine ansteckende Krankheit und kann auch Erwachsene befallen. Die Krankheit befällt Rückenmark und Gehirn, hierous erklären sich die verschiedenen Erscheinungen der Krankheit, die auch völliges Versagen der Stimme mit sich bringen kann.

Greiz, 4. September. (Das Motorrad im Hutgeschäft.) Hier fuhr ein mit zwei Personen besetztes Motorrad in das Schaufenster der Firma Heßer. Die große, starke Fensterscheibe ging in Trümmer, der Fensterrahmen wurde eingedrückt, die im Schaufenster liegenden Hüte stark beschädigt. Die beiden Motorfahrer erlitten zum Teil schwere Schnittwunden und mußten ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen.

Großauensiedt, 8. Sept. (Wenn Frauen streiten.) In Großauensiedt kam es zwischen drei Frauen durch nichtige Ursache zu einem heftigen Streit, der bald in Tätlichkeiten ausartete. Im Verlaufe des Kampfes, der eine große Zahl Neugierigen herbeigelockt hatte, wollte die eine Partei (Mutter und Tochter) ihre Gegnerin dadurch kampfunfähig machen, daß sie sie in die Holtemme zu werfen versuchten. Ihr Plan gelang jedoch nicht und so ließen denn die Streitsüchtigen vorläufig voneinander ab, um ihre Fehde vor dem Kadi auszutragen.

Falkenstein, 6. September. (Sieben Jahre in russischer Gefangenschaft.) Aus der russischen Kriegsgefangenschaft heimgekehrt ist jetzt ein Soldat von hier namens Arthur Meßlhorn. Er wurde im Jahre 1916 in Rußland gefangen genommen und weilte zuletzt im Gouvernement Räsan, von wo er im Juni d. J. die Heimreise über Moskau antrat. Seine Verwandten (es leben hier noch seine Mutter und einige Verwandte) hatten ihn längst für tot gehalten, als er zu ihrer großen Freude in den letzten Tagen bei ihnen Einkehr hielt. Der Mann ist körperlich und seelisch gebrochen, und es ist nur zu hoffen, daß er recht bald in der Heimat wieder gekräftigt wird.

Zellerfeld, 6. September. (Der Schaller Aussichtsturm wird abgebrochen.) Der vom Harzklub-Zweigverein Zellerfeld erbaute Schaller Aussichtsturm auf dem Kahlenberge bei Zellerfeld wird aller Wahrscheinlichkeit nach abgebrochen werden, da man jetzt von ebener Erde aus dieselbe schöne Aussicht über das Brocken- und Bruchberg-Gelände hat wie vom Turm. Man hofft, ganz abgesehen von der Ersparung der nicht unbedeutenden Unterhaltungskosten, durch den Abbruch des Turmes Mittel für anderweitige Arbeiten frei zu bekommen.

Erfurt, 5. September. (Diebstähle eines Kunstmalers in Höhe von einer Milliarde.) Ein Kunstmaler und Radierer, welcher sich Walbemar oder Walter Mansfeld nannte und Nuhrsüchtling und Kriegsinvalide sein will, hat einem hiesigen Einwohner, der ihm und seiner angeblichen Ehefrau Obdach gewährt hatte, Gegenstände für mehr als eine Milliarde Mark entwendet (Herren- und Damenstoffe, Photographenapparat, Objektiv Aristostigmat 9 mal 12, einen weiteren kleineren photographischen Apparat, Kareet 4½ mal 6 für Film, ein Zeiß-Prismenglas, 6 mal vergr. usw.). Der Täter hat mit seiner angeblichen Ehefrau vom 29. bis 30. August bei dem Geschädigten gewohnt und dabei die Gelegenheit zu Diebstählen ausgenutzt. Es ist dann spurlos verschwunden.

Ilmenau, 5. September. (Einführung der Gewehrsteuer.) Der Gemeinderat erklärte sich mit der Einführung einer Gewehrsteuer einverstanden. Dagegen wurde das im Vorjahre beschlossene Ortsgesetz über die Erhebung einer Musikinstrumentensteuer, da die Einnahmen in keinem Verhältnis zu den Verwaltungskosten stehen, wieder außer Kraft gesetzt.

Eisenach, 6. September. (Ein netter Vertrauensmann.) In einem großen hiesigen Betriebe wurden Nahrungs- und sonstige Bedarfsartikel mit Unterstützung der Werksverwaltung im großen bezogen und verteilt. Mit der Einziehung und Ablieferung der einzelnen Beträge für die empfangenen Waren hatte man einen der beteiligten Betriebsarbeiter betraut. Seit Ende voriger Woche ist der Mann unter Mitnahme von etwa 90 Millionen Mark verschwunden. Er gehörte dem Betriebsrat an.

Leipzig, 5. September. (Wertbeständiges Schulgeld.) Um das Schulgeld der fortschreitenden Geldentwertung anzupassen, wurde vom Rat der Stadt Leipzig beschlossen, mit Wirkung vom 1. Oktober ab das Schulgeld für die städtischen höheren und Berufsschulen, sowie das Fremdenschulgeld für Volks- und Fortbildungsschulen nach einer gleitenden Skala zu berechnen und die betreffenden ortsgesetzlichen Bestimmungen entsprechend zu ändern. Die Zustimmung der Stadtverordneten zu dieser Neuerung ist noch einzuholen.

Leipzig, 5. Sept. (Wenn man korpulent ist.) Hier geriet ein Schaustellerwohnwagen, der auf dem Ladegleise der Dresdner Bahn im Leipziger Hauptbahnhof stand in Brand. In dem Wagen war gefeuert worden; wahrscheinlich ist durch Hitzeübertragung der Brand entstanden. In ihm schlief eine Riesendame, die sich auf der Leipziger Messe gezeigt hatte. Aufgeschreckt flüchtete die umfangreiche Dame im Hemd über die Gleise in ein Bremserhäuschen, das kaum zur Aufnahme ihres Korpus ausreichte, wo sie von einem Nervenchok befallen wurde. Die Bedauernswerte mußte ins Krankenhaus gebracht werden.

Turnen, Spiel und Sport

Fußball-Länderspiele

Nach einer Mitteilung aus Amsterdam wird der Fußball-Länderkampf Holland—Schweiz definitiv am 4. November in Amsterdam vor sich gehen. Nach der letztjährigen Niederlage werden sich die Holländer mächtig anstrengen müssen, um diesmal gegen die Schweiz erfolgreich abzuschneiden. — Hollands Terminkalender für die Länderspiele ist soeben festgelegt worden; am 4. November beginnt die Serie mit dem Spiel gegen die Schweiz in Amsterdam; ebenfalls in Amsterdam folgt am 23. März 1924 das Spiel gegen Belgien; Deutschland ist am 21. April in Amsterdam zu Gaste, während am 4. Mai das Rückspiel gegen Belgien in Antwerpen vor sich gehen soll. — Das Länderspiel Oesterreich gegen Ungarn wird am 23. September in Budapest vor sich gehen. Der ungarische Fußballverband hat bereits diesen Termin akzeptiert.

Deutscher Radfahrersieg in Holland. Der deutsche Meister Rosellen erfocht im Haag einen bemerkenswerten Erfolg. Er gewann beide Dauerrennen über 50 Kilometer und im Gesamtklassement vor dem Belgier Leon Vanderstuyft und den Holländern Storm und Schlebaum.

Der Tennis-Länderkampf Holland—England, der in Amsterdam zum Austrag gelangte, sah die holländische Mannschaft mit 11:6 Wettspielen siegreich. Dieses Ergebnis interessiert umso mehr, als die Holländer am Sonnabend und Sonntag in Leipzig gegen Deutschland zum Kampf antreten.

Schweiz—Norwegen—Dänemark. In Stockholm fand ein leichtathletisches Meeting zwischen den Auswahlmannschaften von Schweden, Norwegen und Dänemark statt. Die Schweden blieben erwartungsgemäß mit 36 Punkten Sieger vor Norwegen mit 27 und Dänemark mit 20 Punkten. Die besten Leistungen waren: 100 Meter: Gudfaker (Norwegen) 10,8; 400 Meter: Engdahl-Schweden 49,9; 800 Meter: Lundgren-Schweden 1:55,8; 1500 Meter: Wide (Schweden) 4:04,5; 5000 Meter: Elsof (Schweden) 15:08; Hochsprung: Hansen (Norwegen) 1,83 Meter; Weitsprung: Hoff (Norwegen) 7,22 Meter; Dreisprung: Jansen (Schweden) 11,47 Meter; Stabhochsprung: Hoff (Norwegen) 3,90 Meter; 110 Meter Hürden: Pettersson (Schweden) 15,4; Kugelstoßen: Jansson (Schweden) 12,95 Meter; Diskuswerfen: Erikson (Schweden) 41,61 Meter; Speerwerfen: Lillier (Schweden) 61,33 Meter.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192309071-15/fragment/page=0003

Volkswirtschaftlicher Teil der „Halleschen Zeitung"

Danzig-Devisen

Danzig, 6. September.

	G.	B.		G.	B.
New York	82917500.—	83082500.—	London	15980000.—	16020000.—
Polen-Noten	11730.62	11773.38	Amsterdam	13795500.—	13834500.—
Warschau	14962.50	15037.50	Paris	1986000.—	2005000.—
Posen					

Berliner Abenddevisen

Berlin, 6. September.

Nachbörslich wurden folgende Devisen gesprochen: Amsterdam 18 700 000, London 215 000 000, New-York 47 600 000.

Umrechnungskurs für die Devisennotverordnung

Berlin, 6. September.

Der für die Durchführung der Devisenordnung maßgebende amtliche Mittelkurs ist am 6. September 32 700 000 M. (s. „S. Z." vom 1. September).

Lieferungsverzug und Geldentwertung

Selbst bei Lieferungsverzug wird dem Sachschuldner das Recht zugestanden, Preiserhöhung infolge unvorhersehbarer Geldentwertung zu fordern

Eine neue grundsätzliche Reichsgerichtsentscheidung.

Mit größter Spannung hat man in juristischen und industriellen Kreisen der Stellungnahme des Reichsgerichts zu der Frage der Berücksichtigung der Geldentwertung (insbesondere der neuen Geldentwertung) beim Lieferungsverzug entgegengesehen. Bisher haben alle Senate dem Sachschuldner das Recht abgesprochen, sich auf die unvorherzehbar gewesene Geldentwertung zu berufen und einen Preisaufschlag zu verlangen, wenn er in schuldhaften Lieferungsverzug geraten war. Dem fortgesetzten Ansturm, den berühmte Juristen im Schrifttum wie in der Praxis gegen diese Rechtsansicht unternommen haben, hat der Ferriensenat des Reichsgerichts nunmehr stattgegeben. Zum größten Teil wohl beeinflußt durch die neuerliche ungeheure Geldentwertung spricht er die Rechtsansicht aus, daß auch der Schuldner, der sich im Verzuge befindet, das Recht haben muß, die clausula rebus sic stantibus für sich in Anspruch zu nehmen.

Der Beklagte hatte dem Kläger L in N. in Dänemark im August 1923 einen gebrauchten Opelwagen zum Preise von 1 000 000 Mark verkauft. Wegen der Beschaffung der Ausfuhrbewilligung entspann sich ein hier nicht in Betracht kommender Streit zwischen den Vertragsparteien, in dessen Verlauf der Beklagte behauptete, nicht zur Lieferung verpflichtet zu sein, da die Ausfuhrbewilligung abgelehnt worden sei. Tatsächlich aber hatte er die vom Kläger nach Zahlung des Auslandsaufschlags erstrittene Ausfuhrbewilligung wieder hinterlegen. Landgericht und Oberlandesgericht Hamburg verurteilten deshalb den Beklagten zur Lieferung des Wagens zu dem vereinbarten Kaufpreise. Das Oberlandesgericht nimmt an, daß der Kaufvertrag unter der Bedingung der Erteilung der Ausfuhrbewilligung zustande gekommen sei, daß der Beklagte jedoch den Eintritt der Bedingung wider Treu und Glauben verhindert habe, so daß die Bedingung als eingetreten zu gelten habe. In diesem Umfange wurde das Urteil des Hanseatischen Oberlandesgerichts vom Reichsgericht bestätigt.

Dagegen erkannte das Reichsgericht wegen Nichtberücksichtigung der Geldentwertung auf Aufhebung des Berufungsurteils. Das Oberlandesgericht hat angenommen daß eine Berücksichtigung der Geldentwertung zu Gunsten des Beklagten nicht mehr in Betracht komme, weil dieser durch die unrechtmäßige Verweigerung der Lieferung sich im Verzuge befand. Dieser Auffassung widerspricht das Reichsgericht. Zunächst sei — so wird in den reichsgerichtlichen Entscheidungsgründen ausgeführt — die Markentwertung für die Zeit vom Kaufabschluß bis zu dem nicht festgestellten Zeitpunkt des Lieferungsverzuges ohne weiteres zu berücksichtigen. **Aber auch durch den späteren Eintritt des Lieferungsverzuges des Beklagten sei sein Recht, sich auf die eingetretene Geldentwertung zu berufen, keineswegs schlechthin verloren gegangen.** Wenn auch der Gläubiger durch den Verzug des Schuldners keinerlei Schaden erleiden soll, so dürfe er andererseits durch denselben auch nicht bereichert werden. Und wenn der Kläger jetzt ziffernmäßig mehr zu Mark zur Abdeckung seiner Kaufschuld aufwenden soll, so sei das, wirtschaftlich betrachtet, nicht ohne weiteres ein ihm durch den Schuldnerverzug zugefügter Schaden. Das wäre nur dann zutreffen, wenn die Mark vom August 1922 auch wirtschaftlich noch die Mark vom März 1923 (der Zeitpunkt der Fällung des Berufungsurteils) sein würde. Da dies nicht der Fall ist, mußte das Urteil aufgehoben und die Sache zur anderweiten Prüfung und Entscheidung in der angegebenen Richtung an das Berufungsgericht zurückverwiesen werden.

Concilium medicum für die Mark

Havenstein über die Diskontpolitik, die Wertbeständigkeit und die Goldkonten.

Der Währungsausschuß des Reichswirtschaftsrats trat am Dienstag zur Beratung über die Schaffung eines wertbeständigen Geldes zusammen. Einleitend führte der Reichswirtschaftsminister v. Raumer aus, für die Reichsbank käme die Möglichkeit der Diskontierung wertbeständiger Wechsel und des Goldmarkscheckverkehrs in Betracht. Dies bedinge jedoch eine Aenderung des Bankgesetzes, die in Kürze erfolgen würde. Der Minister betonte die Dringlichkeit dieser Fragen.

Anschließend nahm Reichsbankpräsident Havenstein Stellung zur Diskontpolitik der Reichsbank, der Ausgabe wertbeständiger Zertifikate sowie zur Einrichtung von Goldmarkkonten. Es sieht eine große Gefahr darin, die Wirtschaft zu zwingen, (?) sich plötzlich allgemein auf Wertbeständigkeit umzustellen. Die Reichsbank habe in ihrer bisherigen Diskontpolitik nur langsam folgen können mit Rücksicht auf die Wirtschaftskrise, welche sich nicht mit Schnelligkeit haben umstellen können. Sie habe nach den Bestimmungen des Bankgesetzes nur einen Diskontsatz festsetzen können, während eine Differenzierung erforderlich sei. Für den wertbeständigen Kredit sei viel niedrigerer Zins notwendig als für den nicht wertbeständigen. Das Bankgesetz müsse dahin abgeändert werden, daß verschiedene Sätze sowohl im Diskont- wie im Lombardverkehr eingerichtet werden. Die Reichsbank habe vorläufig einen Ausweg gesucht durch Einführung der Lombardierung von Wechseln, um sofort einem wertbeständigen Kredit einrichten zu können. Der Wechsel solle also nicht diskontiert, sondern nur lombardiert werden. Es handle sich hierbei lediglich um eine Uebergangsmaßnahme. Die Reichsbank beabsichtige, wertbeständige Zertifikate auszugeben, die als wertbeständige Anlage oder, da sie diskontiert werden können, auch als Ersatz für ein wertbeständiges Zahlungsmittel dienen können. Dies sei keine Lösung der Frage des wertbeständigen Zahlungsmittels, sondern nur das, was die Reichsbank als Zentralnotenbank tun könne und tun dürfe.

Der Reichsbankpräsident wandte sich dann gegen die [illegible] Forderung, Goldmarkanleihen einzuführen gegen Einzahlung von Papiermark. Man müsse sich darüber klar sein, daß jede Wertbeständigkeit kein Mittel sei, um unsere Währung zu bessern. Mit technischen Mitteln könne man dies nicht machen. Alle Maßnahmen der Wertbeständigkeit können nur das Risiko der Wertbeständigkeit verschieben, nicht aufheben. Die Einzahlung von Papiermark auf Goldmarkkonto würde heißen, dieses Risiko auf die Reichsbank zu verschieben, was eine Zentralnotenbank niemals ins Auge fassen würde. Die Reichsbank beabsichtige die Einrichtung von Goldmarkkonten dergestalt, daß für große Beträge Konten eingerichtet werden bei 80proz. Eingahlung in Devisen und 20 Prozent in Papiermark. Einen Anreiz hierzu solle die Prämie bieten, daß der Errichter des Goldmarkkontos noch ein Viertel des Devisenbetrages in Papiermark auf das Konto einzahlen kann. Ein größeres Risiko könne die Reichsbank nicht übernehmen. Sie Ein größeres Risiko könne die Reichsbank nicht übernehmen. Sie habe sich ferner entschlossen, die Goldmarkkonten an den Dollar anzulehnen und nicht an das Pfund.

In die anschließende Debatte wurde auch noch die Frage der Errichtung einer privaten Goldnotenbank geworfen, ohne daß hierüber jedoch nähere Beschlüsse gefaßt wurden. Der Währungsausschuß wird sich heute unter Anhörung von Sachverständigen mit dieser Frage befassen.

Der Vorsitzende faßte am Schluß der Beratung das Ergebnis wie folgt zusammen:

Der Ausschuß hält die neuen Maßnahmen der Reichsbank für einen Fortschritt gegenüber dem bisherigen Zustand, aber keineswegs für etwas für die Dauer Erstrebenswertes. Alle derartigen Maßnahmen können selbstverständlich nur Uebergangsmaßnahmen sein und entheben die Reichsregierung und die für die Reichsfinanzen verantwortlichen Stellen nicht der Verpflichtung:

1. Dafür zu sorgen, daß Ordnung in den Staatshaushalt gebracht wird — das bedeutet auf der einen Seite Beschränkung aller überflüssigen und vermeidbaren Ausgaben und auf der anderen Seite Heranführung derjenigen Einnahmen, auf die der Staat Anspruch hat, in einer wertbeständigen Form —

2. weitere wertbeständige Anlage- und Zahlungsmittel zu schaffen.

Der Währungsausschuß spricht dabei aus, daß die geplanten Behelfsmaßnahmen zwecklos sind, und unter Umständen sogar gefährlich werden können, wenn nicht gleichzeitig die vorher angedeuteten durchgreifenden Maßnahmen getroffen werden.

Der Ausschuß sieht in der Zurückhaltung der Devisen, wie sie die Reichsbank für notwendig hält, um sich Deckung für die Goldkonten zu schaffen, eine Verengung des Wirkungsgrades der deutschen Wirtschaft; es müßte infolgedessen der Reichsbank zur Pflicht gemacht werden, die Devisen nicht länger in ihrem Besitz zu behalten, als es jeweils zur Deckung der Goldkonten notwendig ist. Die Beschlußfassung über die Erhebung der Einfuhrzölle durch effektive Devisenzahlung wird vertagt.

Wertbeständige Tarife

Die deutsche Wirtschaft versucht jetzt unter den schwersten Erschütterungen eine Abkehr von der Papiermarkrechnung, indem sie zur Kalkulation in Goldmark, zu wertbeständigen Tarifen, wertbeständigen Löhnen usw. übergeht. Dabei herrschen über die Begriffe „Goldmark" und „Wertbeständigkeit" ganz verworrene Anschauungen. Schon als sich im vergangenen Frühjahr eine Flut sogenannter wertbeständiger Anleihen auf den Kapitalmarkt ergoß, kam man auf alle möglichen Maßstäbe für die Bemessung der Wertbeständigkeit. Man legte den Preis von Roggen, Weizen, Kali, Stein- und Braunkohle mit und ohne Steuern, elektrischer Energie (KW) usw. als Richtlinien für die Wertbeständigkeit zu Grunde. Jetzt gehen auch die großen staatlichen Anstalten, Reichseisenbahn und Reichspost, zu wertbeständigen Tarifen über, ohne die Oeffentlichkeit darüber aufzuklären, wie sie eigentlich die Wertbeständigkeit zu berechnen gedenken. Man sieht, der Willkür sind bei allen diesen Wertbeständigkeiten keine Schranken gezogen!

Es herrscht ein Durcheinander von Berechnungsmaßstäben, und die Folge ist, daß wir unter dem Deckmantel wertbeständiger Preise und Löhne mit zur Zeit ganz ungerechtfertigten Preisbeerdoppelungen und Verdreifachungen die Weltnur noch auf dem Papier stehen. Die hohen Löhne werden bald nur noch auf dem Papier stehen, denn wenn sie bezahlt werden sollten, würden die Industrien aus Mangel an Absatz einfach zu Grunde gehen. Man überlegt nicht, daß der deutschen Konkurrenzfähigkeit auf den ausländischen Märkten ganz bestimmte Grenzen gezogen sind, und daß die Kaufkraft auf dem inneren deutschen Markt durch die Lasten des verlorenen Krieges, des Leistungsrückganges, vergangener Reparationsfänden und der Ruhrbesetzung solche „wertbeständigen" Preise auf einer über Friedensparität liegenden Basis keine vier Wochen zu tragen in der Lage ist. So treibt uns das sich in den Köpfen breiter Massen als alleinseligmachendes Allheilmittel geltende Schlagwort von der „Wertbeständigkeit" einer völlig fiktiven Goldmark in eine ungeheure Krise des Absatzmangels und der Arbeitslosigkeit, deren innerpolitische und außenpolitische Folgen noch gar nicht abzusehen sind.

Was die Reichsbetriebe angeht, so hätte man wirklich vermeiden können, zu einer Zeit so katastrophaler Geldnot zu Tarifverzehnfachungen, zu Verzwanzigfachungen überzugehen, wenn man rechtzeitig daran gegangen wäre, Post und Reichsbahn nicht nur hinsichtlich ihrer Preisärze, sondern auch hinsichtlich ihrer Betriebswirtschaftlichkeit auf eine feste Basis zu stellen. Jetzt erscheinen unter dem Zeichen der sprunghaften Tariferhöhungen, wie feinerzeit im Rußland, Marken mit einem Aufdruck, der das Hundertfache und mehr des ursprünglichen Betrages ausmacht. Im Publikum sind immer noch solchen Preissprüngen noch beträchtliche Mengen Postwertzeichen, die feinerzeit mit höherwertigem Gelde bezahlt worden sind. Anstatt auf die Marken einen Zahlenwert aufzudrucken, der doch nur längstens vier Wochen in Geltung ist, hätte die Post schon rechtzeitig dazu übergehen sollen, wirklich wertbeständige Postwertzeichen anzugeben, etwa in der Art „Gut für einen Fernbrief", „Gut für eine Fernpostkarte" usw. Selbst die Gefahr, daß solche Postwertzeichen gehamstert werden könnten, hätte die Reichspost von einem solchen Wege nicht abzuhalten brauchen, da sie ja in der Lage ist, die Marken jeweils zu einem Preise zu verkaufen, der — etwa wöchentlich festgesetzt — den tatsächlich auf einen Fernbrief, eine Postkarte usw. entfallenden Unkosten entspricht. Die gleiche Möglichkeit hätte die Eisenbahn veranlassen sollen, Kilometerhefte einzuführen, die jeweils nach Tagespreis verkauft werden. Um übermäßiges Hamstern zu vermeiden, könnten diese in wahrhaft Sinne des Wortes wertbeständigen Tarifscheine befristet werden, etwa mit halbjähriger Gültigkeit. Auf diese Weise wäre der deutschen Wirtschaft wenigstens im kleinen ein wertbeständiges Hauptmittel an die Hand gegeben, das sicherlich nicht zum Schaden der Reichsbetriebe gedient hätte!

Zuckerfabrik Körbisdorf A.-G.

Der Geschäftsbericht für 1922/23 weist einen Betriebsgewinn einschl. Vortrag von 1184,86 (3,82) Mill. Mark aus. Anderseits erforderten Zinsen 13,46 (0,56) Mill. Mark, Handlungsunkosten 277,04 (1,26) Mill. Mark und Abschreibungen 833,79 (1) Mill. Mark. Aus dem Reingewinn von 10,07 (0,51) Mill. Mark werden 30 (15) Proz. Dividende verteilt und 376 734 (41 361) M. auf neue Rechnung vorgetragen.

Aus dem Bericht der Verwaltung ist hervorzuheben, daß die Rübenverarbeitung im Berichtsjahr zugenommen hatte, da die Zuckerübenernte der Menge nach besser als im Vorjahre war. Unter dem Einflusse der nassen Witterung aber der Zuckergehalt geringer gewesen und deshalb die Ho[illegible] heute hinter der des Vorjahres zurückgeblieben. Die Abrechnung mit der Zuckerwirtschaftsstelle ist noch nicht erfolgt. Der Vor[illegible] rechnungspreis wird voraussichtlich noch eine Erhöhung erfahren, die aber den Verlust aus der Geldentwertung vielleicht noch nicht einmal deckt und zum anderen Teile als Nachzahlung auf den Rübenpreis an die fremden Rübenanbauer abgeführt werden muß.

In der landwirtschaftlichen Abteilung sind die Ergebnisse der Getreideernte zum Teil sehr wesentlich hinter den Zahlen des Vorjahres zurückgeblieben. Die Kartoffeln haben einen sehr geringen Ertrag geliefert. Da außerdem die Umlagepflichtung den landwirtschaftlichen Betrieb schwer belastet, so hat das auf den erzielten Gewinn nicht ohne Einfluß bleiben können.

Die Kohlenförderung der Grube Otto ist den Vorjahre gegenüber auch gestiegen. Die Entwässerungsarbeiten sind nur langsam vor sich gegangen. Die Grube hatte wiederholt Schwierigkeiten durch Rutschungen, die vorübergehend den Betrieb beeinträchtigten.

In der Bilanz erscheinen Vorräte und Materialien bei Abteilung Zuckerfabrik mit 137,81 (0,26) Mill. Mark, der Abteilung Landwirtschaft mit 116,32 (7,34) Mill. Mark und der Abteilung Grubenbetrieb mit 111,15 (3,04) Mill. Mark. Kassenbestand und Postscheckkonto werden mit 18,45 (0,5) Mill. Mark, Außenstände mit 1998,25 (29,05) Mill. Mark ausgewiesen. Unter den Kreditoren stehen langfristige Darlehen mit 455 (51,5) Mill. Mark und sonstige Verbindlichkeiten mit 1702,52 (20,07) Mill. Mark zu Buche.

Kyffhäuserhütte-Stinnes?

Die bedeutenden Kurssteigerungen der letzten Woche (an der Berliner und an der Halleschen Börse) sind auf Interessenkäufe zurückzuführen. Wie an der Halleschen Börse verlautet, soll Stinnes an der Gesellschaft Interesse nehmen.

---

d. **Vereinigte Königs- und Laurahütte A.-G.** Das Kohlen- und Koksgeschäft der Gesellschaft hat sich, wie der „Deutsche Handelsdienst" meldet, in letzter Zeit sehr zufriedenstellend entwickelt. In den Eisenwerken konnten neuerdings einige Einzelaufträge hereingenommen werden. Die Waggonfabrik ist die damit zusammenhängenden Betriebe sind reichlich mit Beschäftigung versehen.

d. **Stoef Motorpflug A.-G.** Die Hauptversammlung setzte die Dividende auf 500 Prozent fest, und erhöhte das Kapital um 138,5 auf 200 Millionen Mark. Es werden 133 Millionen Mark Stammaktien und 5,5 Millionen Mark Vorzugsaktien ausgegeben, die beide ab 1. Oktober 1923 dividendenberechtigt sind und von einem Konsortium unter Führung der Kommerz- und Privatbank übernommen werden, das sich verpflichtet, auf 57 Millionen Mark Stammaktien den bisherigen Aktionären ein Bezugsrecht im Verhältnis 1 : 1 zum Kurse von drei Goldmark einzuräumen. Ferner werden die bisherigen Vorzugsaktien unter Zahlung von 20 000 Prozent in Stammaktien mit dem bisherigen mehrfachen Stimmrecht der Vorzugsaktien umgewandelt. Neu in den Aufsichtsrat gewählt wurde Generalkonsul Martin Sternberg und Bankier Fritz Bruck.

Bühring & Co. A.-G. in Magdeburg-Neustadt. Die auf heute, 26. September einberufene ordentliche Generalversammlung hat die Neuwahl des Aufsichtsrats vornehmen.

Voigt & Haeffner A.-G. in Frankfurt a. M. Am 29. September wird eine außerordentliche Generalversammlung einberufen, die über die Erhöhung des Aktienkapitals von 100 auf 290 Millionen Mark Stammaktien beschließen soll. 40 Millionen Mark der jungen Aktien sollen im Verhältnis 5 : 1 den Aktionären zu einem Kurse angeboten werden, der in Gegenwert von einem halben Dollar entspricht. Der Rest ist freihändig verwertet werden. Neben dem Stammaktienkapital bestehen 10 Millionen Mark Inhaber-Vorzugsaktien und 20 Millionen Mark Namens-Vorzugsaktien.

Brunonia Gummiwerke Richard Hagemann A.-G. in Braunschweig. Die auf den 8. September d. J. einberufene außerordentliche Generalversammlung der Gesellschaft wird verschoben. Die außerordentliche Generalversammlung findet nunmehr am 29. September mit folgender Tagesordnung statt: Beschlußfassung über die Erhöhung des Grundkapitals bis zu 20 Millionen Mark Stammaktien durch Ausgabe von neuen, auf den Inhaber lautenden mit den jetzigen Stammaktien gleichberechtigten Stammaktien.

d. **Der polnisch-oberschlesische Kohlenexport nach Deutschland.** Infolge des Umstandes, daß seit kurzem die Kohlenlieferungen aus Polnisch-Oberschlesien nach Deutschland in englischer Währung bezahlt werden müssen (bisher in Polenmark), macht sich ein Rückgang im Absatz bemerkbar, der schon nach der neuen Frachterhöhung sich zeigte. Durch die Stockung im Kohlenabsatz nach dem Deutschen Reiche haben sich die Kohlenvorräte auf den Gruben erheblich vermehrt.

d. **Erhöhung der kongreßpolnischen Eisenpreise.** Wie der Deutsche Handelsdienst berichtet, hat der Verband der kongreßpolnischen Eisenhütten beschlossen, ab 15. d. M. eine weitere Erhöhung der Preise für Roheisen und Fertigfabrikate vorzunehmen.

Branntweinverkaufspreis nach dem Goldzollaufgeld. Auch die Reichsmonopolverwaltung ist dazu übergegangen, ihre Preise auf wertbeständiger Grundlage festzusetzen. In der Weise wurde beschlossen, für die einzelnen Spiritusarten feste Grundpreise aufzustellen, die mit dem jeweiligen Goldzollaufgeld zu multiplizieren sind. Mit geben die einzelnen Grundpreise in folgendem wieder: Regelmäßiger Verkaufspreis: 6. Allgemein ermäßigter Verkaufspreis (Brennspiritus): 0,45. Besonders ermäßigter Verkaufspreis: a) Riech- und Schönheitsmittel: b) Heilmittel und Essenzen: 0,85. Essigbranntwein: 0,60. Die Grundpreise verstehen sich je Hektoliter Branntwein. Das Goldzollaufgeld beträgt zurzeit 129 019 900 Prozent. Mit Wirkung ab 8. September wird das Goldzollaufgeld neu festgesetzt; der Preis ist sicher eine neue starke Erhöhung zu erwarten.

w. **Rückzahlung der Ruhlaer Stadtanleihe.** Die Stadtgemeinde Ruhla (Thür.) ruft die vor wenigen Wochen aufgegebene 20prozentige Anleihe von 200 Millionen Mark zur Rückzahlung zu 160 Prozent auf.

Vieh.

Leipzig, 6. September. Auftrieb: Rinder: 114, Ochsen 18, Bullen: 13, Kalben: 15, Kühe: 68, Kälber: 240, Schafe 157, Schweine: 149, zusammen 660. Preise für 50 Kilogramm Lebendgewicht (in Millionen Mark): Ochsen 1.: 240—[illegible] 2.: 120—140, 3.: 105—120, 4.: 90—105; Bullen 1.: 240—[illegible] 2.: 100—120, 3.: 85—100; Kühe 1 (Kalben): 140—150, 2.: [illegible] bis 150, 3.: 120—140, 4.: 100—120, 5. 70—100; Kälber 1.: [illegible] 2.: 210—220, 3.: 180—210, 4.: 150—180; Schafe 1.: 120—130, 2.: 100—120, 3.: 90—100; Schweine 1.: 290—320, 2.: 280—290, 3.: 260—290, 4.: 290—260, 5.: 260. Geschäftsgang: Rinder gut, Kälber flott, Schafe flott, Schweine flott. Ueberstand: 12 Rinder, davon 2 Ochsen und 10 Kühe alles andere geräumt.

Druck und Verlag von Otto Thiele. Verantwortlich für die Redaktion: Adolf Lindemann; für Volkswirtschaft und Wirtschaftsleben: Hermann Hatz; für Lokales, Kunst und Unterhaltung und Anzeigen: Dr. Erich Seitheim. — Für den Anzeigenteil: Paul Lerch, sämtlich in Halle.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192309071-15/fragment/page=0004